

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl. 2 illust. Beilagen) in der Expedition, bei unsern Boten, sowie bei allen Reichs-Postanstalten.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. In-  
scriptionspreis: die kleinste Seite 10 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

44. Jahrgang.

Nr 80.

Sonnabend, den 10. Juli

1897.

### Bekämpfung der Blutlaus betr.

Nachdem in einigen Orten des Bezirks die Blutlaus aufgetreten ist, nimmt die unterzeichnete königliche Amtshauptmannschaft Veranlassung, auf die in der Bekanntmachung vom 26. März d. J. enthaltenen Rathschläge zur Bekämpfung dieses Schädlings hinzuweisen und zur sofortigen Anzeigenerstattung über das Auftreten der Blutlaus aufzufordern.

Die Ortsbehörden haben umgehend eine Besichtigung sämmtlicher Obstbäume unter Zuziehung eines Sachverständigen anzuordnen.

Schwarzenberg, am 6. Juli 1897.

### Königliche Amtshauptmannschaft.

Führ. v. Wirsing.

Lechr.

Herr Bezirksarzt Dr. Kalkoff hier ist vom 12. Juli bis 7. August d. J. beurlaubt und wird durch Herrn Bezirksarzt Dr. Schröter in Auerbach vertreten.

Schwarzenberg, am 6. Juli 1897.

### Königliche Amtshauptmannschaft.

Führ. v. Wirsing.

G.

### Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Baumeisters **Georg Zeuner** in **Eibenstock** wird nach erfolgter Abhaltung des Schlusstermins und Vollziehung der Schlussvertheilung hierdurch aufgehoben.

Eibenstock, den 5. Juli 1897.

### Königliches Amtsgericht.

Bekannt gemacht durch den Gerichtsschreiber:

Aktuar Friedrich.

### Bekanntmachung.

Im zweiten Vierteljahr 1897 sind eingegangen:

a) vom **Gesch- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen** die Stücke Nr. 4-6 vom Jahre 1897.

b) vom **Reichsgesetzblatt** Nr. 14-27 vom Jahre 1897.

Diese Gesetze, deren Inhalt aus den im Eingange des Rathhauses befindlichen Anschlägen ersichtlich ist, liegen 14 Tage lang zu Jedermanns Einsicht an Rathsstelle aus.

Eibenstock, den 7. Juli 1897.

### Der Rath der Stadt.

J. B.:

Justizrath Landrock.

Grüchtel.

### Bekanntmachung.

Den zu unserem Verein zur Förderung christl. Liebeswerke gehörigen Gemeinden Eibenstock, Schöneheide, Stühengrün, Carlsfeld und Sosa wird hierdurch ergeben mitgetheilt, daß unsere diesjährigen von den zuständigen Behörden genehmigten **Sammlungen** von Liebesgaben in der Zeit vom 28. Juni bis 25. Juli d. J. stattfinden werden.

Da unser Verein die Zwecke der **äußeren** und **inneren Mission**, der **Gustav-Adolf-Stiftung** und der **Bibelverbreitung** zu fördern bestimmt ist, so darf wohl der unterzeichnete Vorstand die Zuversicht hegen, daß seine erneut auszusprechende herzliche Bitte um wohlwollende Unterstützung der bevorstehenden Sammlungen durch Gaben der Liebe wie bisher geneigte Herzen finden werden.

Ueber Ort und Zeit des abzuhaltenden Jahresfestes wird seiner Zeit Mittheilung erfolgen.

Eibenstock, den 26. Juni 1897.

### Der Vorstand des Zweigvereins Eibenstock und Umgegend.

Böttcher, P., Vorsitz.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die „Straßb. Post“ widerspricht der Meldung eines Berliner Blattes, daß die Initiative zur Ernennung des Herrn v. Bobbielski zum Staatssekretär des Reichspostamts vom Reichskanzler ausgegangen sei. Fürst Hohenlohe habe den Unterstaatssekretär Dr. Fischer vorgeschlagen; als der Kaiser darauf nicht einging, sei ein anderer höherer Postbeamter in Vorschlag gebracht. Die Gegenzeichnung der Ernennung Bobbielskis habe der Fürst nicht abgelehnt, weil er seinen etwaigen Rücktritt nicht von einer Personenfrage abhängig machen wollte. Dr. Fischer sei vom Kaiser nicht ernannt worden, weil dieser der Ansicht war, Fischer sei bei der Beamtenwahl nicht beliebt. Für die Wahl Bobbielskis sei der Gehalt des Kaisers maßgebend gewesen, an die Spitze der Postverwaltung gehöre ein Mann von hervorragendem Organisations- und reformatorischen Talent. Diesen Mann glaubte der Kaiser in den Kreisen der Fachleute nicht finden zu können, wohl aber in der Person Bobbielskis.

— Berlin, 8. Juli. Die Friedensverhandlungen in Konstantinopel, die bereits nahezu fünfzig Tage gedauert haben, scheinen jetzt gescheitert oder wenigstens in ein sehr kritisches Stadium eingetreten zu sein. Es liegt heute folgende telegraphische Meldung vor:

Konstantinopel, 7. Juli. Die Pforte richtete durch ihre Botschafter eine Bittulardepesche an die Mächte, in welcher sie erklärt, aus militärischen Rücksichten auf der Venetianergrenze bestehen zu müssen. Inzwischen sind die Sitzungen für die Friedensverhandlungen sistirt worden.

Wie weiter aus London telegraphirt wird, hat einer Meldung des „Standard“ aus Konstantinopel zufolge der Ministerrath am Montag einen Bericht ausgearbeitet, in welchem Angesichts der Unmöglichkeit, über die Friedensbedingungen durch die Vermittlung Europas mit Griechenland einig zu werden, empfohlen wird, nach Verlauf einer Woche die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen. Ferner sind nach einer Meldung der „Times“ aus Athen dort Berichte eingegangen, daß die Türken große Truppenkörper in Domesos konzentriren und daß dort verschiedene Bataillone von Larissa und anderen Orten her eingetroffen sind. In Belistino würden in Eile Befestigungswerke angelegt. — Hier-  
nach hätte das europäische „Concert“ in der türkisch-griechischen Affäre eine neue Niederlage erlitten. Es war ihm schon nicht gelungen, die Landung der griechischen Truppen auf Kreta, noch den Ausbruch des türkisch-griechischen Krieges zu verhindern, und jetzt scheinen sich die Mächte wochenlang vergebens abgemüht zu haben, den Frieden zwischen der Türkei und Griechenland zu vermitteln. Aber der Mißerfolg erklärt sich ebenso leicht in diesem Falle wie in den vorhergehenden. Denn, wenn die Kabinette früher durch ihre allzu große Nachgiebigkeit Griechenland gegenüber gefehlt haben, so haben sie jetzt den Mißgriff begangen, daß sie von Anfang an bei den Friedensverhandlungen der Türkei gegenüber eine allzu schroffe Haltung annahmen. Sie vergaßen

ganz und gar, daß es sich hier um eine Friedens-„vermittlung“ handelte, und statt der Türkei gegenüber den von ihr gestellten Friedensbedingungen andere, für Griechenland weniger drückende vorzuschlagen, wiesen sie, ohne Rücksicht darauf, daß sie es mit der siegreichen Partei zu thun hatten, deren Forderungen ohne Weiteres zurück und suchten der Türkei einen Frieden aufzuzwingen unter Bedingungen, die diese nach der völlig ungerechtfertigten Herausforderung Griechenlands und nach den dann erzielten Waffenerfolgen für ungenügend erachtete. Von vornherein wurde von den Mächten das Lösungswort ausgegeben: „Keine Annexion Thessaliens, sondern nur eine strategische Grenzberichtigung.“ Als die Türkei dann von ihren ersten Forderungen abging und sich mit einer Grenzberichtigung (was doch ein recht weiter Begriff ist) bis zum Peneios begnügen wollte, wurde ihr ebenfalls von den Kabinetten ein „non possumus“ zugerufen. Und doch kann man im Grunde der Türkei, deren Truppen ganz Thessalien okkupiren und denen der Weg nach der griechischen Hauptstadt offen steht, das Recht auf eine so geringe Gebietserweiterung nicht absprechen, wie andererseits auch nicht außer Acht gelassen werden darf, daß der Sultan auch mit der Stimmung seines Heeres und seines Volkes rechnen muß und diesen nicht zumuthen kann, auf alle Früchte seiner Siege zu verzichten. Aber die Mächte haben sich offenbar, wie im Laufe der ganzen türkisch-griechischen Affäre so auch jetzt wieder, der Führung Englands anvertraut, das nur das eine Verlangen hat, möglichst günstige Friedensbedingungen für Griechenland zu erlangen, das sich unter seinem Einflusse zu einem ungerechten Vorgehen der Türkei gegenüber hat verleiten lassen. Jetzt liegen die Dinge so, daß, wenn die Mächte sich nicht noch in letzter Stunde zur Nachgiebigkeit gegen die Türkei entschließen, der Krieg von Neuem auszubrechen droht, der dann ohne Zweifel mit der völligen Unterwerfung Griechenlands enden wird, es sei denn — was höchst unwahrscheinlich ist — daß das europäische Concert sich dazu entschließen wollte, mit den Waffen der Türkei seinen Willen aufzuzwingen.

— Bückeburg, 7. Juli. Die „Schaumburg-Lippische Landeszeitung“ theilt mit, daß das zur Entscheidung in der Lippischen Thronfolgefrage eingesetzte Schiedsgericht die Ansprüche des Grafen Ernst zur Lippe-Biesterfeld anerkannt habe.

— Zur Entschädigung unschuldig Verurtheilter. Zu den Fragen, welche Infolge Scheiterns der fogen. Justiznovelle in der letzten Session des Reichstages einer Lösung nicht haben entgegengeführt werden können, gehört die Entschädigung unschuldig Verurtheilter. Die betreffende Forderung ist im Laufe der Jahre immer wieder im Reichstage geltend gemacht und von überwältigenden Majoritäten zum Beschlusse erhoben worden. In der Justiznovelle war die Zulage der Befriedigung dieses langjährigen Wunsches an die Erfüllung der Bedingung geknüpft, daß der Reichstag die verbündeten Regierungen mit einer Verstärkung der Vollmachten für eine promptere Ausübung der Justiz verleihe. Wie verlautet, wird in der nächsten Reichstagssession aus verschiedenen Parteien heraus das Verlangen gestellt werden, daß die ver-

bündeten Regierungen die alte Forderung der Entschädigung unschuldig Verurtheilter endlich befriedigen und zwar ohne daß die Gewährung dieses Wunsches an Bedingungen geknüpft werde, wie in der letzten Session. Ansehend macht sich in den Kreisen der verbündeten Regierungen eine Tendenz immer mehr dahin geltend, die Befriedigung von Forderungen, die aus dem Parlamente herausgestellt werden, nachdem sie von dem überwiegenden Theil der Bevölkerung als berechtigte anerkannt worden, nicht ohne Noth zusammen zu foppeln mit Dingen, die direkt in gar keinem Zusammenhang damit stehen, daß ein Unrecht aus der Welt geschafft und ein Mißstand beseitigt werde, dessen Fortbestehen eine Quelle immer neuer Unzufriedenheit bildet.

### Locale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock. Dem Hofrath Professor Schneider auf Tharandter Revidier wurde die Revidierverwalterstelle auf Wildenthaler Revidier unter Ernennung des Genannten zum Oberförster übertragen.

— Dresden, 5. Juli. Unsere Residenzler sind große Klatschbasen und deshalb kann es nicht wunder nehmen, daß die Hochzeit des Kammerjägers Scheidemantel noch immer hier das Tagesgespräch bildet. Die Annenkirche hätte noch einmal so groß sein können und sie hätte doch nicht zugelassen, um all die Neugierigen zu fassen, denn all die unzähligen Scheidemantelverehrern, von der vornehmen Engländerin aus dem ersten Rang bis hinab oder vielmehr hinauf zum schwärmenden Theater-Julchen des „hohen Olymps“, waren vollzählig vertreten, und wer in der Kirche nicht mehr Platz fand, der stellte sich einfach in den angrenzenden Straßen auf, um wenigstens dabei gewesen zu sein. Es kommt ja auch nicht alle Tage vor, daß ein berühmter Opernsänger eine bescheidene Choristin und Schneidermeisterstochter nach langem Hängen und Bangen heirathet, aber deshalb hätte noch keine der Damen in Ohnmacht zu fallen brauchen, wie es thatsächlich geschehen ist. Man will dies zwar auf die große Hitze zurückführen, aber jedenfalls hat die Vermuthung auch Vieles für sich, daß sie nur deshalb in Ohnmacht gefallen sind, weil die Thatsache, daß Scheidemantel nicht mehr zu haben ist, für sie gar zu niederschmetternd war. Sogar bis auf den Postplatz sind etliche Damen der Hochzeitsklatsche nachgerannt, um womöglich noch zu retten, was zu retten war, aber umsonst — die Schneidermeisterstochter hatte alle Mitbewerberinnen um mehrere Rasenlängen geschlagen.

— Leipzig, 5. Juli. Der millionste Besucher der Ausstellung dürfte am nächsten Mittwoch (7. d. M.) oder Donnerstag (8. d. M.) die Thore der Sächsisch-Thüringischen Industrie- und Gewerbe-Ausstellung zu Leipzig 1897 passieren. Die Ausstellungsleitung hat beschlossen, dieses erfreuliche in 75 Tagen erreichte Resultat dadurch zu feiern, daß sie den millionsten Besucher mit einer goldenen Taschenuhr beschenkt, während der 999,999ste und 1,000,001ste Besucher je eine silberne Taschenuhr erhalten. Die Billetnummer, welche die millionste repräsentirt, wird seitens der Leitung der Ausstellung genau festgestellt und in ver-